

3 Entwurf der Verwaltung für eine Verwaltungsvorschrift: Verfahrensregeln bei Bürgerbeteiligung im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters

Vom AK verabschiedet am 20. Januar 2012

Präambel

Diese Verwaltungsvorschrift setzt die Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg vom ... für den Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters um. Für den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats werden die Leitlinien durch eine entsprechend Satzung umgesetzt.

Die Verwaltungsvorschrift soll das Ermessen des Oberbürgermeisters in seinem Zuständigkeitsbereich lenken. Der Oberbürgermeister kann zur Umsetzung der Verwaltungsvorschrift eine Dienst-anweisung erlassen.

Mitgestaltende Bürgerbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen soll dazu beitragen, Transparenz zu schaffen, Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik aufzubauen und eine Beteiligungskultur zu entwickeln. Die gesetzlichen Regelungen zur Bürgerbeteiligung sollen hierdurch ergänzt werden.

§1 Frühzeitige Information (Vorhabenliste)

Um eine sehr frühzeitige Information der Öffentlichkeit bzw. Bürgerschaft zu ermöglichen, erstellt der Oberbürgermeister in Abstimmung mit dem Gemeinderat eine Vorhabenliste.

Vorhaben im Anwendungsbereich dieser Verwaltungsvorschrift, bei denen Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, werden in die Vorhabenliste aufgenommen. Dabei werden der Beteiligungsgegenstand und die Art der geplanten Beteiligung genannt. Der Gemeinderat entscheidet ohne Vorberatung über die Veröffentlichung der Vorhabenliste. Sie ist unmittelbar nach Beschlussfassung des Gemeinderats zu veröffentlichen.

§2 Anwendungsbereich

- (1) Bürgerbeteiligung im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift ist möglich für die in den Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters fallenden Angelegenheiten der laufenden Verwaltung bei den freiwilligen Aufgaben und den Pflichtaufgaben ohne Weisung sowie für die dem Oberbürgermeister vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben der Gemeinde. Angelegenheiten nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 und 3 GemO sind ausgenommen.
- (2) Diese Verwaltungsvorschrift ist nicht anwendbar für die in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fallenden Pflichtaufgaben nach Weisung gem. § 44 Abs. 3 GemO.

§3 Instrumente der Bürgerbeteiligung

Ergänzend zu den gesetzlich geregelten Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgerversammlung nach §20a GemO; Bürgerantrag nach §20b GemO; Bürgerbegehren/-entscheid nach §21 GemO) sollen auch andere Instrumente zum Einsatz kommen, die Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung

von Inhalten, zur Meinungsabfrage oder zur Konfliktlösung ermöglichen. Entsprechende Instrumente der Bürgerbeteiligung sind beispielhaft in Anlage 1 dieser Verwaltungsvorschrift aufgeführt.¹

§4 Ingangbringen von Bürgerbeteiligung

- (1) Der Oberbürgermeister und die Fachämter sollen bei eigenen Projekten von sich aus prüfen, ob es angemessen ist, Bürgerbeteiligung durchzuführen und die hierdurch erforderlichen Kosten einplanen. Die Koordinierungsstelle nach § 5 Abs. 2 ist hierbei einzubinden.
- (2) Bürgerinnen und Bürger, Bezirksbeiräte, der Jugendgemeinderat oder der Ausländer-/Migrationsrat können ebenfalls Bürgerbeteiligung anregen. Dabei ist die Anregung schriftlich unter Angabe einer kurzen Begründung bei der Koordinierungsstelle i. S. d. § 5 Abs. 2 einzureichen.
Die Koordinierungsstelle leitet die Anregung nach Prüfung an das zuständige Fachamt weiter. Dieses legt dem Oberbürgermeister oder einer von ihm hierfür bestimmten Stelle einen Entscheidungsvorschlag vor.
- (3) Der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle entscheidet darüber, ob Bürgerbeteiligung durchgeführt und das Vorhaben in die Vorhabenliste eingetragen werden soll. Die Ablehnung der Durchführung soll in den Fällen des Abs. 2 begründet werden.

§5 Planungsverantwortung

- (1) Die Fachämter sind für die Planung der Bürgerbeteiligung verantwortlich. Die Koordinierungsstelle hat hierbei beratende Funktion.
- (2) Die Koordinierungsstelle ist eine vom Oberbürgermeister zu bestimmende Stelle innerhalb der Verwaltung.

§6 Beteiligungskonzept

- (1) Die Fachämter haben ein Beteiligungskonzept zu erstellen. Bei der Erstellung des Beteiligungskonzepts sollen Interessenvertreter betroffener Bürgerinnen und Bürger angemessen einbezogen werden. Das Beteiligungskonzept umfasst
 - a. die Prozessplanung,
 - b. die Wahl der Methoden,
 - c. die Auswahl der zu Beteiligten,
 - d. die Festlegung des Rückkoppelungsverfahrens,
 - e. die Bestimmung der Evaluationskriterien,
 - f. die Erarbeitung eines Zeitplans und einer Kostenschätzung.

Die Begriffe sind in Anlage 2 der Verwaltungsvorschrift erläutert.²

¹ Redaktionelle Anmerkung: Anlage 1 der Verwaltungsvorschrift wird aus dem „Instrumentenkoffer“ in Anlage 3 der Leitlinien entwickelt.

² Redaktionelle Anmerkung: Anlage 2 der Verwaltungsvorschrift wird aus Kapitel 7 der Leitlinien entwickelt.

Die Koordinierungsstelle berät bei Bedarf. Das fertig gestellte Beteiligungskonzept ist der Koordinierungsstelle vorzulegen.

- (2) Der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle entscheidet über das Beteiligungskonzept und legt im Rahmen des Verwaltungsbudgets einen Kostenrahmen fest. Er bestimmt dabei auch die Frist, bis zu deren Ablauf die Bürgerbeteiligung abgeschlossen sein muss und ein Ergebnis vorzulegen ist.

§7 Durchführung der Bürgerbeteiligung, Moratorium

- (1) Die Fachämter führen die Bürgerbeteiligung durch. Die Koordinierungsstelle berät bei Bedarf.
- (2) Wird die Bürgerbeteiligung nicht innerhalb der Frist oder des Kostenrahmens nach §6 Abs. 2 durchgeführt, ist der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle durch das Fachamt zu informieren. Er oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle entscheidet darüber, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen die Bürgerbeteiligung fortgesetzt werden soll.
- (3) Der Oberbürgermeister, die Dezernenten oder das Fachamt dürfen bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung in der Sache nicht entscheiden, es sei denn, es liegt Eilbedürftigkeit vor.

§8 Mitteilung und Folgen des Ergebnisses des Bürgerbeteiligungsverfahrens

- (1) Vom Ergebnis der Bürgerbeteiligung ist der Oberbürgermeister oder eine von ihm hierfür bestimmte Stelle unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Das Ergebnis der Bürgerbeteiligung fließt in die weitere Arbeit des Oberbürgermeisters, der Dezernenten und Fachämter ein, bindet sie aber nicht.
- (3) Die Öffentlichkeit soll in geeigneter Weise über das Ergebnis der Bürgerbeteiligung informiert werden. Dabei sollen die getroffenen Entscheidungen insbesondere für die beteiligten Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar dargestellt werden.

§9 Kostentragung

Die Kosten einer nach obigen Bestimmungen durchgeführten Bürgerbeteiligung trägt die Stadt.

§10 Inkrafttreten

Die Verwaltungsvorschrift tritt amin Kraft.